

Afrika im Fadenkreuz der alten und neuen Großmächte

Rainer Tetzlaff

Afrika – Partner auf Augenhöhe?

„Strategische Partnerschaften“ – so lautet offiziell die Formel, mit der die drei großen politischen Mächte ihre Interessenpolitik in Afrika zu fördern gedenken: die Europäische Union, die Vereinigten Staaten von Amerika und seit gut zehn Jahren auch die Volksrepublik China, deren innovative Afrika-Offensive dort zu einer noch vor kurzem als unvorstellbar erachteten Veränderungsdynamik geführt hat. Diese interessen- und machtpolitische Dreieckskonstellation wird durch die „Süd-Süd-Politik“ der wirtschaftlich erstarkenden Länder Indien und Brasilien, beides Mitglieder der BRIC-Ländergruppe (Brasilien, Russland, Indien und China) und wichtige Akteure in der multilateral operierenden Staatengruppe G20¹, ergänzt. Diese Veränderungen werden in den USA besorgt als *current shift in the global order* zugunsten eines neuen Multilateralismus wahrgenommen², mit dem die einstige Hegemonie des Westens zu Ende geht. Vor allem China ist dabei, die internationalen Organisationen des *Global Governance* mit bislang westlicher Dominanz (IWF, Weltbank, WTO und UNO) zwar nicht zu zerstören, aber doch zu verändern und seinen Stempel als „gemäßigter Revisionist“ der Status-quo-Ordnung aufzudrücken.³

Die Epoche der asymmetrischen bilateralen Abhängigkeit der afrikanischen Länder, die durch die seit 1975 bestehenden Lomé-Abkommen zwischen Europäischer Union und den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten) eng mit den ehemaligen kolonialen Mutterländern verbunden waren, gehört der Vergangenheit an. Die neuen Akteure der Weltpolitik mit ihren jeweiligen Eigeninteressen und eigenen Handlungsstrategien, die denen der alten Mächte Konkurrenz machen und diese zu Anpassungsreformen nötigen, werden in Afrika überwiegend positiv wahrgenommen: sie vergrößern nämlich die politischen Handlungsoptionen der afrikanischen Politik. Werden afrikanische Regierungen nun erstmals „Partner auf Augenhöhe“ für die Global Players, oder bleiben die meisten

Länder doch strukturell abhängige Rohstofflieferanten zum Nutzen anderer, oder werden sie gar zum Spielball externer Akteure?

Im Folgenden⁴ sollen einige wichtige geopolitische Veränderungen in den Beziehungen der alten und neuen Großmächte zu Afrika aufgezeigt werden. Dabei muss auch die Frage debattiert werden: Wer repräsentiert diesen Kontinent von 53 bzw. 54 Staaten (wenn das jüngste Mitglied Südsudan mitgezählt wird), der sich durch außerordentliche Heterogenität der politischen Systeme auszeichnet?

Heterogenität und Marginalität:

Afrikas Position in Weltwirtschaft und Weltpolitik

Afrika hat einen Anteil an der Weltbevölkerung von 12 Prozent, Tendenz steigend, sein Anteil am Welthandel aber beträgt nur knapp 2 Prozent, bisherige Tendenz sinkend. Etwa drei Viertel aller ärmsten Länder der Erde (der *Least Developed Countries*) befinden sich in Afrika südlich der Sahara. Der Kontinent ist reich an mineralischen Rohstoffen sowie an Erdöl und Erdgas, aber seine Bürger sind auch nach 50 Jahren politischer Unabhängigkeit – von einer zahlenmäßig dünnen Herrschaftselite abgesehen – noch immer mehrheitlich extrem arm; was man das *Rohstoffparadox* genannt hat. Afrikas Volkswirtschaften sind im globalen Maßstab kaum wettbewerbsfähig, die Produktionskosten sind zum Teil exorbitant hoch. Die asiatischen Staaten – vor allem die industriell boomenden Schwellenländer – sind mehrheitlich politisch anpassungsfähiger, administrativ flexibler und modernisieren erfolgreicher. Damit ist eine Position der ökonomischen Marginalisierung gekennzeichnet, die das subsaharische Afrika als geopolitische Großregion offensichtlich als einen Verlierer der gegenwärtigen Globalisierungsprozesse erscheinen lässt⁵.

Daraus erklärt sich auch die Schwäche Afrikas in der politischen Repräsentation wichtiger internationaler Organisationen, deren Aufgabe es ist, die global gültigen Spielregeln der zwischenstaatlichen Kooperation zwischen nunmehr 195 souveränen Staaten der Erde festzulegen, zu verändern und neuen Bedürfnissen zugänglich zu machen. Afrika hat weder einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat, noch stellt es auch nur einen ernannten Direktor im wichtigen *Board of Directors* von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (afrikanische Direktoren werden in dem 23-köpfigen Steuerungsgremium nur auf Zeit gewählt), sondern es ist auch

nur mit einer Stimme (Südafrika seit April 2009) in der G20-Ländergruppe vertreten. Aus der notwendig gewordenen Politik des neuen Multilateralismus im Zuge der Finanz- und Währungskrisen seit 1998 erwachsen, als sich ergänzend zur G8-Staatengruppe die Gruppe der wirtschaftsstarken Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien, Südkorea etc. zur Gruppe der 20 (G20) formierte, hat sich die G20 inzwischen zu einem „neuen Akteur zur Regulierung der globalen Wirtschaftspolitik“ entwickelt, der primär Interessen der Schwellenländer repräsentiert und die legitimen Eigeninteressen der „Vierten Welt“ vernachlässigt: „In der Folge des Gipfeltreffens in Seoul, [Süd]Korea, im November 2010 bleibt Afrika zum größten Teil am Rande der Kerninteressen und der Mandate der G20“ – urteilte kürzlich Gilbert M. Khadiagala, Jan Smuts Professor für Internationale Beziehungen an der Universität von Witwatersrand, Johannesburg⁶.

Wenn auch die Marginalisierungs-These unter Sozialwissenschaftlern ziemlich unbestritten sein dürfte, so sollte doch zwischen unterschiedlichen Typen von Ländern nach ihren bisherigen Entwicklungsleistungen und ihren Entwicklungspotentialen differenziert werden. Unter geopolitischen Gesichtspunkten lässt sich die Heterogenität Afrikas ganz grob zumindest in vier Typen von Ländern einteilen: Regionale Führungsmächte, *Failing States*, Erdöl exportierende Länder und schließlich die große Gruppe der „restlichen“ Länder, die noch einmal in die kleine Untergruppe der erfolgreichen Entwicklungsländer (Mauritius, Botswana, Ghana) und die große Untergruppe der Armutsländer („Vierte Welt“) unterteilt werden kann. Im Folgenden sollen diese Gruppen unter geopolitischen Gesichtspunkten näher betrachtet werden.

Die vier Regionalen Führungsmächte Afrikas

Regionale Führungsmächte in Afrika sind Staaten, die aufgrund ihrer Größe und wirtschaftlichen Potenz in ihrer Region eine Führungsrolle beanspruchen oder beanspruchen könnten. Dazu zählen Südafrika für das südliche Afrika, Nigeria für das westliche Afrika, Ägypten für das islamisch-arabische Nordafrika und Äthiopien für die politisch labile Region am Horn von Afrika (mit Somalia, Eritrea, Dschibuti und Sudan als politischem Umfeld). Nur diese vier Staaten, die oftmals darum streiten, wer denn Afrika auf der internationalen Bühne vertreten dürfe (z.B. auf der G20-Ebene), erfüllen in etwa alle vier Krite-

rien, die Daniel Flesmes vom Hamburger GIGA-Institut zur Klassifizierung von *regional powers* herangezogen hat:

1. Die Formulierung des Anspruchs auf Führerschaft;
2. Die Verfügung über die notwendigen Machtressourcen im Wirtschafts- und Sicherheitsbereich;
3. Der Einsatz von außenpolitischen Instrumenten;
4. Die Anerkennung der Rolle als Führer von dritten Staaten⁷.

Südafrika ist mit Abstand die bedeutendste regionale Führungsmacht. Das einzige Schwellenland Afrikas hat eine Schlüsselfunktion für die Entwicklung der südafrikanischen Region und der SADC (Southern African Development Community)⁸. Nach der friedlichen Transformation vom Apartheidstaat zur demokratischen Republik, unter Führung von ANC-Präsident Nelson Mandela im Jahr 1994, ist Südafrika zum begehrten Partner aller externen Akteure geworden bzw. geblieben⁹. Unter anderem erfüllt das neue Südafrika eine wichtige Rolle als *bridge-builder* und *vote-puller* für internationale Foren sowie als Vermittler bei Nord-Süd-Kontroversen¹⁰.

Als zweitwichtigster Staat Afrikas, der politisch die panafrikanischen Hoffnungen noch am ehesten repräsentiert, kann Nigeria gelten, mit 151 Millionen Einwohnern mit Abstand Afrikas bevölkerungsstärkster Staat. Das Land beherbergt die siebtgrößten Erdgasreserven der Welt. Wegen permanenter interner Machtrivalitäten zwischen dem muslimischen Norden (in dessen Bundesstaaten entgegen der Verfassung die Scharia eingeführt wurde) und dem christlichen Süden sowie wegen korrupter und schwacher Militärregierungen konnte dieser potentiell mächtige Ölstaat nicht zu einem dauerhaft verlässlichen Partner der EU oder der USA für regionale Entwicklung werden, abgesehen von der Reformperiode unter Präsident General Obasanjo. Allerdings gab es bislang „keinerlei Anzeichen, dass Nigeria als achtwichtigster Ölproduzent der Erde und größter Ölproduzent Afrikas, der 62 Prozent seiner Exporte an die USA und 19 Prozent an Europa liefert, vom Petro-Nationalismus à la Russland, Venezuela und Iran erfasst wird“¹¹.

Positiv zu Buche schlägt auch die politische Bereitschaft und finanzielle Fähigkeit, als regionale Ordnungsmacht im Rahmen von ECOWAS (Economic Community of West African States) militärische Befriedungsoperationen in den Bürgerkriegsländern Liberia und Sierra

Leone durchzuführen, was Kosten von etwa 4 Milliarden US-Dollar verursachte. Das Land verfügt zwar über 78 500 Soldaten (im Jahr 2003), war aber bislang nicht in der Lage, die rebellierende Bevölkerung im Öl produzierenden Nigerdelta zu befrieden, was das Land bis 2007 schon 16 Milliarden US-Dollar an Produktionsausfällen gekostet haben soll¹².

Man kann sich daher dem Urteil der Afrikaexperten Heinrich Bergstresser und Denis Tull anschließen: „Nigerias *soft power*, seine Fähigkeit also, die Präferenzen seiner Partner im gewünschten Sinne durch Vorleistungen und Überzeugungsarbeit zu beeinflussen, ist sehr begrenzt. Das liegt vor allem daran, dass deutliche Widersprüche zwischen Nigerias innerstaatlicher Verfasstheit und seinen außenpolitischen Gestaltungsansprüchen bestehen (...) Korruption und der katastrophale Verlauf der beiden letzten Wahlen (2003 und vor allem 2007) haben Nigerias außenpolitisches Eintreten für Reformprojekte mit liberaler Zielsetzung in der Subregion und in Afrika konterkariert. Kann sich Nigeria in Afrika glaubhaft für Ziele einsetzen, die es in seinem Innern nicht umzusetzen vermag?“¹³

Äthiopien – das dritte Beispiel für eine (begrenzt bedeutsame) Regionalmacht – zeigt, wie die wachsende Interdependenz der Völker, Staaten und Kulturen als Ausdruck von sich vertiefender Globalisierung einen Zuwachs an Handlungs- und Beziehungsfeldern mit sich bringt, der unter Umständen auch ökonomisch eher schwache Staaten politisch aufwertet, wenn sie im Bereich der Sicherheitsinteressen einer Großmacht liegen. So haben die Vereinigten Staaten von Amerika seit dem 11. September 2001 in Afrika prioritär eigene Sicherheitsinteressen (*war on terrorism*) verfolgt. Die Entwicklungshilfe an Afrika wurde zwischen 2002 und 2005 auf 27,5 Mrd. US-Dollar nahezu verdoppelt, und im Januar 2007 reagierte Washington mit der Einrichtung von AFRICOM (United States Africa Command), dem jüngsten militärischen Regionalkommando der USA, auf die gestiegene Bedeutung Afrikas als Terrain für Friedensinitiativen und Gefahrenabwehr¹⁴. So hat die US-amerikanische Administration unter George W. Bush (2001-2009) Äthiopien unter dem Ministerpräsidenten Meles Zenawi besonderes Gewicht bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus beigemessen, dabei allerdings auf die Forderung, *Good Governance*-Kriterien im Umgang mit der eigenen Bevölkerung zu beachten, schon mal verzichtet. Damit erfuhr die Afrikapolitik des Amtsvorgängers Bill Clinton (1993-2001) eine

deutliche Korrektur: Hatte dieser mit der Initiierung des African Growth and Opportunity Act (AGOA) im Jahr 2000 noch ganz auf die wirtschaftliche Unterstützung afrikanischer Länder gesetzt (um auch eine Art Wiedergutmachung für das eklatante Versagen bei der Verhinderung des Genozids in Ruanda 1994 zu leisten), so wurde unter Bush eine wechselseitige Verstärkung von militärischer Sicherung und wirtschaftlicher Förderung durch massive Entwicklungshilfe zum Kern der neuen Sicherheitskonzeption. Daher wurde die Kooperation auch mit ökonomisch schwachen Ländern Zentralafrikas, wie Ruanda, Uganda, Mali, Niger und Tschad, interessant¹⁵.

***Failing States* und Erdöl-Staaten**

Die zweite Gruppe von Staaten kann man als *failing states* klassifizieren, weil sich in ihnen kein legitimes Gewaltmonopol des Staates, geschweige denn Rechtsstaatlichkeit entwickeln konnte. Es handelt sich um Territorien mit konkurrierenden Gewalttättern, von denen lokal und regional viel Chaosmacht ausgehen kann. Die Überfälle somalischer Piraten auf die internationale Handelsschifffahrt haben zu erheblichen Störungen des Weltverkehrs geführt und hohe Kosten verursacht. Die Eindämmung einer solchen regionalen Chaosmacht, deren Protagonisten sich modernster technischer Mittel bedienen (was sie so gefährlich macht), ist zu einer neuen internationalen Gemeinschaftsaufgabe geworden¹⁶.

Eine weitere Gruppe bilden die bedeutenden Erdöl und Erdgas exportierenden Länder Afrikas, die von Global Players besonders hofiert werden. Dazu gehören Nigeria, Algerien, Angola, Sudan, Demokratische Republik Kongo, Tschad und Gabun, um die wichtigsten zu nennen. Wie weit die Verleugnung üblicher moralischer Standards – das Pochen auf *good governance* – im Umgang mit ölreichen Staaten der „Dritten“ und „Vierten Welt“ führen kann, ist am Beispiel Äquatorialguineas abzulesen: In diesem Ministaat (659 000 Einwohner) mit der höchsten Exportwachstumsrate in ganz Afrika (11-14 Prozent jährlich) herrscht seit 1979 Oberst Teodoro Obiang Nguema Masogo als Präsident mit mörderischer Hand, was weder die USA und Spanien, noch die Volksrepublik China davon abgehalten hat, mit dem Terrorregime auch politisch zusammenzuarbeiten. Malabo ist eine Messe wert¹⁷.

Schließlich bleibt eine heterogene Gruppe von Ländern – vom Ministaat bis zum riesigen Flächenstaat – die eine Gemeinsamkeit haben: Sie alle müssen Erdöl importieren. Darunter befinden sich neunzehn Küstenstaaten (mit Wachstumsraten von 3 bis 4 Prozent seit 2000) und dreizehn Binnenstaaten ohne Zugang zum Meer (*landlocked countries*). In diesen Ländern leben 32 Prozent der Gesamtbevölkerung Afrikas, aber sie erzeugen nur 17 Prozent des regionalen Einkommens, was auf ihre desolate ökonomische Situation hinweist. Der britische Entwicklungsökonom Paul Collier hat ihre aussichtslose Situation in seinem Bestseller „The Bottom Billion“ beschrieben: Diese Binnenstaaten ohne Zugang zu geopolitischen Kommunikationswegen (in Afrika und Zentralasien, zusammen eine Milliarde Menschen ausmachend) „koexistieren mit dem 21. Jahrhundert, aber in Wirklichkeit ist es das 14. Jahrhundert: Bürgerkrieg, Plagen, Unwissenheit“¹⁸.

Diese einführenden Hinweise erlauben die Schlussfolgerung, dass der große Nachbarkontinent Europas geopolitisch und entwicklungs- politisch sehr vielfältig und heterogen ist. Genormte Einheitsmuster im Umgang mit einzelnen Staaten, Regionen und Interessen sind nicht zu erwarten. Trotz seiner marginalen Position im Weltgetriebe ist Afrika keineswegs von der Globalisierungsdynamik ausgeschlossen, weil neue starke Akteure mit strategischen Afrika-Interessen (G20-Staaten) die politischen Handlungsoptionen der afrikanischen Partner erweitert haben. Wer wird von diesem neuen Multilateralismus profitieren können?

Die Bedeutung der Rohstoffe für alte und neue Handlungsoptionen

Über die Jahrhunderte hinweg haben mineralische Rohstoffe wie Gold, Silber oder Eisen sowie seltene pflanzliche Rohstoffe und Genussmittel wie Kokospalmen, Kautschuk oder Pfeffer, Begehrlichkeiten fremder Herrschaften geweckt. Die Kolonialwaren aus Afrika – virtuelle wie reale – spielten seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für die Industrialisierung und Motorisierung Europas eine große Rolle. Die Gier nach ihnen hat – wie der sogenannte Burenkrieg um 1900 und die vielen Kongo-Kriege – bis in unsere Tage oftmals zu kriegerischen Auseinandersetzungen geführt. In den 1970er Jahren machten die Berichte des „Club of Rome“ über die Grenzen des Wachstums und das bedrohlich nahende Ende einiger seltener Rohstoffe vielen Zeitgenossen klar, wie wichtig und kostbar

diese Güter als materielle Grundlage unserer Wohlstandsökonomien sind. „Angesichts niedriger Preise und ausreichender Verfügbarkeit verschwand die Rohstoffpolitik gegen Ende des 20. Jahrhunderts jedoch weitgehend aus der öffentlichen Aufmerksamkeit und den politischen Auseinandersetzungen. Ideen, Technologien und Innovationen in Verbindung mit klug ausgelegten Institutionen galten als die wesentlichen Antriebskräfte des Wohlstands. Heute ist die Rohstoffpolitik in vielerlei Hinsicht wieder ein Thema der Politik geworden. Schlagzeilen künden von ‚Rohstoffkriegen‘ und ‚Chancen für Anleger in Rohstofffonds‘, vom ‚Ende des fossilen Zeitalters‘ und ‚neuen Vorkommen am Nordpol‘¹⁹.

Ausländische Direktinvestoren hatten lange Zeit um das subsaharische Afrika wegen des politisch ungünstigen Investitionsklimas und enormer Infrastrukturschwächen einen Bogen gemacht – ausgenommen davon waren Südafrika, Angola, Sudan und die Erdöl fördernden Gebiete in Westafrika –, gleichwohl ist seit den 1990er Jahren das internationale Interesse an Afrika wieder stark gestiegen. Seitdem der rohstoffhungrige Wirtschaftsriese China auf der afrikanischen Bühne erschienen ist²⁰, gefolgt von Indien, Malaysia, Süd-Korea und Brasilien, haben sich für die Afrikaner die politischen Handlungsspielräume erweitert, was auch auf die Europäer als die alten vertrauten Handelspartner zurückwirkt. Sie müssen sich dem neuen pragmatischen, weitgehend ethikfreien Stil der Zusammenarbeit ein Stück weit anpassen, auch wenn das zu Zielkonflikten zwischen den eigenen Wirtschaftsinteressen und den ethischen Standards der Entwicklungskooperation, verdichtet in der Good-Governance-Norm als Leitprinzip der Nord-Süd-Kooperation seit 1989, führen musste²².

Rohstoffpolitik im Sinne der Sicherung des Zugangs zu den Rohstoffen ist inzwischen ein fester Bestandteil der nationalen Sicherheitspolitik der großen und kleinen Industriestaaten geworden, die seit dem raschen Wachstum der Länder der Zweiten Welt unter verschärften Konkurrenzbedingungen stattfinden muss und somit auch die Konfliktrichtigkeit der Rohstoffgeschäfte erhöht. So ist es kein Zufall, dass der blutigste Konflikt im post-kolonialen Afrika mit schätzungsweise 5,6 Millionen Toten (im Gefolge des Genozids in Ruanda im Jahr 1994) im rohstoffreichen Kongo (früher Zaire) stattfand. Eine vom UN-Sicherheitsrat beauftragte Expertenkommission stellte bereits 2001 fest: „Im Konflikt in der DR Kongo geht es hauptsächlich um den Zugang zu, die Kontrolle von und den Handel mit fünf

mineralischen Schlüsselressourcen: Coltan, Diamanten, Kupfer, Kobalt und Gold"²³. An der illegalen Ausplünderung dieser Rohstoffe sind lokale und regionale „big men“ beteiligt, aber ohne die transnationalen Netzwerke der Rohstoff-Schmuggler und Waffenhändler, die zu den Schattenseiten der Globalisierung gehören, würde diese dauerhafte Destabilisierung in der Region der Großen Seen Afrikas nicht möglich sein²³.

Aus der Sicht afrikanischer Länder sind die Entwicklungs- und Umweltaspekte von entscheidender Bedeutung: Wenn sie es nicht schaffen, innerhalb dieser und der nächsten Generation die endlichen Rohstoffvorkommen in klingende Münze und diese wiederum in produktive Industrie- und Dienstleistungsinvestitionen umzuwandeln, so wie es das diamantenreiche Botswana recht Erfolg versprechend versucht, ist die vielleicht letzte Chance verpasst, den Anschluss an die aufsteigenden Schwellenländer Asiens und der arabischen Welt zu schaffen.

Am heutigen *scramble for Africa*, der Balgerei um Afrikas wertvolle Rohstoffe, sind zahlreiche Staaten und private Unternehmen aller Art (Non-State Actors) beteiligt. Vor hundert Jahren waren es nur die Europäer, heute mischen auch die asiatischen Giganten und Schwellenländer mit – die Globalisierung hat es möglich gemacht. In dieser Hinsicht ist Afrika für die alten und neuen Global Players wieder interessanter geworden. Dies gilt vor allem für die acht größeren Erdöl exportierenden Länder des subsaharischen Afrika: Angola, Kamerun, Tschad, Demokratische Republik Kongo, Äquatorialguinea, Gabun, Nigeria und Sudan. Bis zum großen Finanzcrash der Gegenwart profitierte die afrikanische Wirtschaft vom allgemeinen Aufschwung der Weltwirtschaft, der seit 2002 hohe Rohstoffpreise mit sich brachte. Immerhin 16 von 48 Ländern realisierten seit Mitte der 1990er Jahre ein jährliches Wachstum ihres Volkseinkommens (BIP) von mehr als 4,5 Prozent. Auch die Pro-Kopf-Einkommen sind um etwa 3 Prozent gewachsen, und ebenso stieg der private Konsum um jährlich rund 5 Prozent. Die jüngsten Weltbank-Prognosen sprechen (wieder einmal) von einem „Wendepunkt“ in Afrikas wirtschaftlicher Entwicklung und verweisen auf wirtschaftliche Wachstumsraten von über 5 Prozent, können aber nicht die Frage beantworten, ob dieses Wirtschaftswachstum nachhaltig und robust sei²⁴. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass die sieben Länder mit den höchsten Zuwachsraten an wirtschaftlichem Wachstum (2000-2006) Rohstoff-

exportländer mit überwiegend fragilen oder gar korrupten und kriminellen Regierungen seien, die als seriöse Entwicklungspartner kaum in Frage kommen²⁵:

- Äquatorial-Guinea mit 23,1 %
- Sierra Leone mit 11,6 %
- Tschad mit 10,9 %
- Angola mit 10,6 %
- Liberia mit 8,9 %
- Mosambik mit 7,6 %
- Sudan mit 7,3 %

Hier wird deutlich, wie wenig aussagekräftig solche Zuwachsraten von Rohstoffexporten sind; denn sie können sowohl Segen wie auch Fluch des Rohstoffreichtums bedeuten. Die Abhängigkeit von Rohstoffexporten ist in keiner anderen Weltregion so groß wie im subsaharischen Afrika: Als Ländergruppe betrachtet repräsentieren die Erdöl exportierenden Länder 25 Prozent von Afrikas Volkseinkommen und 29 Prozent der Gesamtbevölkerung. Unverarbeitetes Erdöl macht nun 40 Prozent aller Warenexporte aus Afrika aus – ein deutliches Anzeichen für die strukturelle Unterentwicklung des Kontinents und seine Verwundbarkeit durch externe Akteure, die zur Förderung und Vermarktung von Afrikas Naturschätzen noch immer unverzichtbar sind²⁶.

Als ein viel diskutiertes Beispiel für den Ressourcenfluch wird – neben Sudan und Angola – der Vielvölkerstaat Nigeria genannt: Obwohl das Land in den letzten 35 Jahren aus dem Verkauf von Erdöl Einnahmen in Höhe von geschätzten 400 Milliarden US-Dollar erzielte, fielen zwei Drittel der Bevölkerung unter die Armutsgrenze, verrottete die Infrastruktur und konnte das auch agrikulturell potentiell reiche Land seine wachsende Bevölkerung immer weniger selbst ernähren. Es gibt schwer zu belegende Vermutungen über eine gigantische Kapitalflucht (...). [Die soziale] Polarisierung verschärfte auch die ethnischen Spannungen in einem Vielvölkerstaat, der sich am Rande des Staatszerfalls bewegt²⁷.

Der aus Nigeria stammende Dichter und Literaturwissenschaftler Niyi Osundare hat anlässlich des 50-jährigen Unabhängigkeitsjubiläums seines Heimatlandes folgendes Urteil abgegeben: „Wenn Sie mich fragen, dann ist Nigeria heute zutage weniger unabhängig als in den 60er Jahren. Damals waren wir wenigstens fähig, einige der Dinge,

die wir im täglichen Leben brauchen, selbst zu produzieren, wir konnten uns selbst ernähren, und unser Palmöl kam aus unseren Pflanzungen. Heute aber importieren wir alle nur denkbaren Dinge, unsere Märkte sind voll mit Waren ‚Made in China‘, ‚Made in Korea‘ und ‚Made in India‘ (...) Eine weitere schreckliche Ironie ist die, dass Indien, China, Malaysia, Singapur, Südkorea, Hongkong und eine ganze Zahl anderer Länder, die sich etwa zur gleichen Zeit wie unser Land auf den Weg zur Unabhängigkeit begaben, Nigeria weit hinter sich gelassen haben. (...) In Nigeria dagegen haben wir eine Regierung der Herrschenden für die Herrschenden, eine reine Kleptokratie – die systematische und rücksichtslose Herrschaft von Dieben und Gaunern.“²⁸

Veränderungen seit dem Ende des Kalten Krieges

Trotz dieser zunächst ernüchternden Bilanz beim Betrachten der politischen Leistungen haben sich in den 20 Jahren seit dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der Sowjetunion markante Veränderungen vollzogen. Diese gilt es zu beachten, will man vom Ausland her politische und wirtschaftliche Verhältnisse in Europas Nachbarkontinent positiv zu beeinflussen versuchen. Als die wichtigsten politischen und sozio-ökonomischen Veränderungen in Afrika in den vergangenen zwei Jahrzehnten lassen sich die folgenden benennen, positiver wie negativer Art:

1. Seit 1989 hat es in der großen Mehrzahl der Länder *Prozesse der demokratischen Transition* gegeben: Diktaturen und Kleptokratien stürzten; Verfassungen, die den politischen Wettbewerb ausschließen, wurden geändert; Mehrparteiensysteme wurden in zwei Dritteln aller Länder etabliert und demokratische Gründungswahlen durchgeführt. In diesem Prozess des politischen Strukturwandels fand die demokratische Transition unter strukturellen Armutsbedingungen statt – anders als in den ökonomisch erfolgreichen Schwellenländern Asiens; sie war eine Reaktion des frustrierten Volkes auf gescheiterte Diktaturen²⁹. Hierbei haben sich die Europäische Union sowie einige EU-Mitgliedsstaaten wie England, Frankreich und Deutschland im Rahmen der Demokratisierungshilfe bei der Organisation von Wettbewerbswahlen verdient gemacht.

2. Die Zahl der *failing states* und der politisch instabilen Länder in sogenannten Fassadendemokratien (oftmals auch als Folge von einsetzenden Demokratisierungsprozessen) hat nach der ersten Welle der Reformbegeisterung eher zu- als abgenommen, weil sich die Erwartungen an ein besseres Leben meistens nicht realisieren ließen³⁰. Die politisch bedeutsame *Erwartungs-Realisierungs-Differenz* hat zu einer politischen Destabilisierung durch sozial Frustrierte beigetragen. Die Revolte der frustrierten Jugendlichen Tunesiens gegen die erstarrte Kleptokratie des Diktators Ben Ali im Jahr 2011 ist Ausdruck dieser Situation.

3. *Ökonomisch* betrachtet ist Afrikas Bedeutung für die Weltwirtschaft und deren Führungsmächten deutlich gestiegen. Das Interesse an seinen Rohstoffen hat einen regelrechten Rohstoff-exportboom ausgelöst und gleichzeitig eine „zweite Balgerei“ um seine mineralischen Rohstoffe Erdöl, Erdgas, Tropenholz, Uran, Kupfer, Bauxit, Gold, Platin, Phosphat, Coltan etc. in Gang gesetzt. Fand die erste „Balgerei um Afrika“ im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts unter Europäern statt, so hat sich die „zweite Balgerei“ um Afrikas Rohstoffe heute globalisiert, diesmal unter Einschluss der neuen aufstrebenden Regionalmächte Asiens. Alle ausländischen Partner Afrikas haben aber eines gemeinsam: Sie sind auf Importe von Energie- und industriellen Rohstoffen angewiesen und – das ist der Unterschied zu den Zeiten des Kolonialismus – konkurrieren miteinander um die Gunst der Lieferanten. Dabei sind unterschiedliche Kooperationsstrategien entwickelt worden, unter denen das chinesische Modell „Rohstoffe gegen Infrastrukturinvestitionen“ als besonders partnerschaftlich angesehen werden kann³¹.

4. Auf der *sozio-ökonomischen* Ebene ist eine rapide Urbanisierung Afrikas zu verzeichnen. Sie ist das Ergebnis der Binnenmigration durch „push“-Faktoren: Aufgrund ausbleibender oder nur schwacher agrarpolitischer Modernisierungsinvestitionen konnte das Land der wachsenden Bevölkerung keine Arbeitsplätze und Ernährungsoptionen bieten. Wohnten zur Zeit der politischen Unabhängigkeit vor 50 Jahren nur 6 Prozent der Bevölkerung in Städten, sind es heute mehr als 50 Prozent der Gesamtbevölkerung im subsaharischen Afrika. Sie bevölkern die Rand- und Elendsviertel der entstandenen Mega-Cities (wie Lagos, Ibadan, Yaoundé, Abidjan, Kinshasa, Nairobi, Addis Abeba, Khartum

etc.), deren Kennzeichen eine wilde Besiedlung durch eine pauperisierte, meist sehr junge Landbevölkerung, aufgrund ausbleibender adäquater Infrastrukturen ist. Hinzu kommt die Aids-Epidemie, die gerade die besser ausgebildeten und mobileren Menschen heimsucht und das einheimische Potential an *human capital* als eine wichtige Voraussetzung für ausländische Direktinvestitionen verringert. Bei der Seuchenbekämpfung haben sich Europäer und US-Amerikaner (z.B. in Form der Melinda and Bill Gates-Foundation) verdient gemacht.

5. Auf der *sozialen* Ebene ist eine zunehmende Polarisierung zu beobachten: Die Schere zwischen einer kleinen Schicht von politisch gepöppelten Neureichen (der politischen Kleptokratie der Großfamilien im Umkreis der Präsidenten) und der Masse der perspektivlosen armen Jugendlichen, die in den Städten und auf dem Land auf Erwerbsarbeit und soziale Aufstiegsmöglichkeiten durch ehrliche Arbeit warten, hat sich vergrößert. Zu viele Staatsgelder und Entwicklungshilfeleistungen aus dem Ausland sind in unproduktive Projekte (wie Rüstungsgüter und Prestigeobjekte) geflossen oder als Fluchtgeld der Reichen ins Ausland gebracht worden³². Hier tickt seit Jahren eine soziale Bombe, die im Januar 2011 erstmals in Tunesien eine Kleptokratie hinweggefegt hat. Bald darauf brachte die Volkserhebung in Ägypten ein angeblich politisch stabiles Regime zu Fall. Eine prosperierende soziale Mittelschicht als unverzichtbarer Träger von sozialem Fortschritt ist in Nord- und Südafrika erst ansatzweise entstanden.

6. Auf der *kulturell-religiösen* Ebene ist eine zunehmende Tendenz der oftmals gewaltsam vorgenommenen, exklusiven ethno-kulturellen Selbstverortung wahrzunehmen. Sie steht im Zusammenhang mit rascher Bevölkerungszunahme (eine Versiebenfachung der Gesamtbevölkerung des Kontinents im 20. Jahrhundert), rapider Urbanisierung, ausbleibender Industrialisierung und notwendig gewordener Demokratisierung. Eine Kernursache ist das weithin gescheiterte *nation-building*: „Ethnische Unterschiede bilden die Kernidentität – mehr als der Nationalstaat – und bestimmen das afrikanische Alltagsleben.“³³ Der von westlichen Sozialwissenschaftlern gern geleugnete „Kampf der Kulturen“ zwischen diversen Religions- und Kulturgemeinschaften findet in einigen sozialen Brennpunkten des Kontinents vermehrt statt, vor allem im multi-religiösen Vielvölkerstaat Nigeria, in der

Elfenbeinküste, im Senegal (Casamance-Konflikt), im Sudan, in Äthiopien, Tansania (Sansibar) oder in Eritrea. Dabei ist nicht die Religion an sich die Ursache von ethnischer Gewalt, sondern meist die bevorzugte Form, in der sich rasch und kostengünstig Anhänger für politische Machtinteressen mobilisieren lassen³⁴.

7. Auf der Ebene der *psychischen Befindlichkeit* von Menschen, die via Internet über globale Vorgänge als Zuschauer und vom Hörensagen Dritter informiert sind, hat sich eine mentale Mobilisierung in Richtung Migration ins Ausland als Trend eingestellt: Vor allem unter den besser Ausgebildeten haben sich Klischees verbreitet, dass Afrika Stagnation und Armut beseutet, Europa dagegen für Hoffnung auf Arbeitsplätze und sozialen Aufstieg steht. Der Bestseller des Italieners Fabrizio Gatti „Bilal. Als Illegaler auf dem Weg nach Europa“³⁵ ist eine bewegende Reportage über das soziale Dilemma einer Generation frustrierter und zu allen Risiken entschlossener Afrikaner, das den Charakter einer griechischen Tragödie zu haben scheint: es gibt keinen vernünftigen Ausweg. Der Migrationsdruck der Auswanderungswilligen aus Afrika auf die „Europäische Festung“ wird daher jahrzehntelang anhalten, unterstützt von den afrikanischen Diasporas in Europa. Brüssel wird gezwungen sein, bei dieser wichtigen Frage im Verhältnis Europas zu Afrika zu flexibleren Immigrations- und Asylregelungen zu kommen als bisher, die auch den Aspekt der sich verschlechternden Überlebens- und Arbeitsbedingungen in vielen Krisenregionen Afrikas stärker einbezieht³⁶.

8. Auf der Ebene der *multilateralen politischen Kooperation* sind mit der Gründung der Afrikanischen Union (AU) im Jahr 2002 beachtliche institutionelle Veränderungen hin zu einem neuen effizienteren Multilateralismus mit kontinentaler Reichweite festzustellen³⁷. Diese dem Ideal des Panafrikanismus geschuldete Reform firmiert unter dem Label *African Renaissance*. Unter anderem ist eine neue Sicherheitsarchitektur im Werden, bei der die Institutionen der Europäischen Union wie auch panafrikanische Ideale der kooperativen Selbstverantwortung Pate gestanden haben: Politiker suchen seit 2002 verstärkt eigene Antworten auf afrikanische Konfliktbearbeitungsprobleme, die man mithilfe ausländischer Ressourcen finanzieller und personeller Art zu lösen hofft. Das Prinzip afrikanischer *ownership* (kollektive Selbstverantwortung) soll dabei zielführend sein. Da die Staaten der AU aber immer

noch am Gebot der Einstimmigkeit bei politischen Gipfeltreffen festhalten, ist auf absehbare Zeit nicht damit zu rechnen, dass die AU als kollektiv handelnder internationaler Akteur politisch in Erscheinung treten wird. Die Begegnung mit der EU „auf gleicher Augenhöhe“ bleibt einstweilen noch ein Wunschtraum, zumal die Prinzipien der Demokratie und *good governance* im Fall Zimbabwe – dem Lackmustest für afrikanische Prinzipientreue – nicht beachtet werden, was der Glaubwürdigkeit afrikanischer Diplomatie nachhaltig schadet.

9. Auf der politischen Ebene der *Süd-Süd-Kooperation* sind wohl die interessantesten Veränderungen zu verzeichnen. Die Volksrepublik China, Indien, Brasilien und andere Länder des Südens verfolgen nicht nur einfache (austauschbare) Handelsinteressen mit den regionalen Führungsmächten in Afrika, besonders mit dem G20-Mitglied Südafrika, das von allen Seiten umworben wird³⁸, sondern bemühen sich um den Aufbau von belastbaren umfassenden Süd-Süd-Partnerschaften. Damit soll die Abhängigkeit von den alten „imperialistischen Staaten“ des Nordens reduziert werden, z. B. durch koordiniertes Vorgehen bei WTO-Verhandlungen (Doha-Runde) und in UN- und Weltbankforen. Auch in diesem Kontext spielt die Volksrepublik China eine entscheidende Rolle, weil sie als gegenwärtig einzige Macht mit globalen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen nicht nur eigene strategische Interessen verfolgt, sondern auch – im Bündnis mit anderen Ländern und Regionalorganisationen – bestrebt ist, die noch bestehenden Machtverhältnisse zu Gunsten des Südens evolutionär zu ändern³⁹.

Somit stellt sich Afrika heute als ein vielfältig fragmentierter Kontinent dar, der sich angesichts wachsender Armut und sozialer Ungleichheit nach einer Phase der enttäuschten Modernisierungserwartungen (1960-1990) in einer gewaltträchtigen Umbruchphase befindet, mit vielen inneren Nöten (Staatszerfall als Hauptgefahr) und Risiken (ethnisch-religiöse Konflikte um knapper werdende Überlebensressourcen wie Land, Wasser, Nahrung, Bildung, Gesundheit und Arbeit), aber auch mit deutlich gestiegenen Chancen für Hilfsangebote von außen. Afrika als den „verlorenen Kontinent“ zu titulieren, erscheint – trotz der nicht geringen Zahl von beschämenden Einzelfällen wie Somalia, Demokratische Republik Kongo, Simbabwe, Sudan, Eritrea, Elfenbeinküste, Äquatorialguinea – als unzutreffend.

Dieses bunte, in sich widersprüchliche Bild macht die intensivierte Suche in den politisch stabilen Regimen nach einer globalisierungstauglichen Neuorientierung der politischen Herrschaftssysteme Afrikas notwendig. Was oberflächlich als „zweite internationale Balgerei“ um Afrikas Rohstoffe erscheinen mag, verdeckt einen viel tiefer gehenden Kampf um Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten auf materiellen wie ideellen Ebenen. Es geht dabei auch um einen Wettkampf von Prinzipien und Institutionen um die geeignetere Strategie zur Lösung von Afrikas essentiellen Problemen der Armutsüberwindung. Dabei sollen die neuen Süd-Süd-Partnerschaften mit erfolgreichen Schwellenländern helfen, die auf diesem Gebiet durch ihre eigenen Erfolge besonders attraktiv erscheinen müssen. *Looking east* ist zum Beispiel bei Äthiopiens Politikern und Wissenschaftlern, eine populäre Vision der Eliten geworden – und wahrscheinlich nicht nur dort⁴⁰. ‚Politisches Machtmonopol einer Partei plus staatlich gelenkte Marktwirtschaft mit Selbstbereicherungschancen für Tüchtige‘, das scheint der Renner unter den politischen Visionen zu sein. Das Erstarken der Länder der (neuen) Zweiten Welt hätte „die geopolitische Lage Afrikas grundsätzlich verändert“, und zwar in Richtung auf Erosion der westlichen Hegemonie – lautet eine plausible Erkenntnis⁴¹. Am Beispiel der Volksrepublik China soll diese Entwicklung illustriert werden.

Die Rolle der aufstrebenden Weltmacht Chinas in Afrika

Über die Rolle Chinas in Afrika ist in den vergangenen 20 Jahren viel spekuliert worden. Dabei gehen die Vermutungen vom Vorwurf „neo-kolonialer Ausbeutung“ bis hin zur Lobpreisung der Volksrepublik als der solidarische „Retter aus der Not“, der eine reale Antithese zur gescheiterten Diplomatie westlicher Staaten darstellen würde⁴². Angesichts der oftmals diffusen Datenlage und der großen Heterogenität und Vielfalt chinesischer Initiativen in zahlreichen afrikanischen Ländern ist es kaum möglich, ein abschließendes Urteil zu bilden. Aus allem, was bisher bekannt geworden ist, wäre es weder fair noch sachlich zutreffend, die Schattenseiten der chinesischen Afrikakooperation – z.B. die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit sogenannten „Schurkenstaaten“ wie Äquatorialguinea, Demokratische Republik Kongo, Simbabwe, Angola und Sudan – überzubetonen und die positiven Seiten der chinesisch-afrikanischen Zusammenarbeit kleinzureden.

Aus der Fülle der Komponenten seien folgende genannt:

- Obwohl die Entwicklungshilfe Chinas an afrikanische Länder mit 1-2 Milliarden US-Dollar jährlich bisher nur etwa ein Zwanzigstel der Summe der OECD-Staaten ausmacht, werden doch zahlreiche Projekte in Bereichen der Infrastruktur (Straßen, Eisenbahnsanierung, Häuserbau) mitfinanziert, die keineswegs nur eigenen Rohstoffinteressen untergeordnet sind. „Als Spätstarter in einer schlechteren Ausgangsposition als westliche Konzerne kombiniert China systematisch Rohstoffimporte mit Investitionen und unterlegt beides viel stärker als irgendein Konkurrent auf dem Weltmarkt mit Entwicklungshilfe.“⁴³
- Vor der UN-Generalversammlung September im 2005 verpflichtete sich China, für die Periode 2005-2008 zehn Milliarden US-Dollar an konzessionierter Entwicklungshilfe zu leisten. Auf dem dritten Gipfeltreffen des „Forum on China Africa Cooperation“ (FOCAC) im November 2006 in Peking, an dem die überwältigende Mehrzahl der afrikanischen Staats- und Regierungschefs teilnahm, wurde die neue chinesische Afrikastrategie konkretisiert: umfassender Ausbau des Handels, Steigerung der Direktinvestitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen in der verarbeitenden Industrie etc. Im Sommer 2007 war China Gastgeber für die Jahrestagung der African Development Bank, die als Konkurrent zur Weltbank unterstützt wird.⁴⁴
- Beim Handel Chinas mit Afrika sind gigantische Zuwächse erreicht worden, dank staatlicher Förderung aus Peking mittels devisenstarker Entwicklungsbanken wie der EXIM-Bank und mittels des Engagements von Hunderten von Staatsfirmen, Privatunternehmen und Einzelpersonen⁴⁵: Der Handel Chinas mit Afrika hat im Jahr 2008 die 100-Milliarden-Dollar-Marke erreicht und ist weiterhin auf Expansionskurs, die kolonialen Mutterländer Europas dabei hinter sich lassend.
- Was die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von Chinas Engagement in Afrika betrifft, so kommt der Leipziger Afrika-Wissenschaftler Helmut Asche (ebenso wie der in Toronto lehrende Politologe Gregory Chin) zu einer überwiegend positiven Bilanz, ohne deren Schwächen zu verharmlosen. Den Kardinalfehler westlicher Partner, aus politischer Zurückhaltung Arbeitsplätze und Investitionen in die Industrie und Landwirtschaft Afrikas „der Privatwirtschaft weitestgehend allein zu überlassen“, hätten die Chinesen mit ihrem etatistischen Tauschmodell „Rohstoffe gegen direkte För-

derung der Wirtschaftsleistung afrikanischer Länder, flankiert von Entwicklungshilfe“ erfolgreich vermieden – mit durchaus respektablen Resultaten.⁴⁶

- Problematisch muss allerdings Chinas militärische und politische Unterstützung von repressiven Regimen bewertet werden, unter denen vor allem die große Mehrheit der eigenen Bevölkerung zu leiden hat, der Entwicklungschancen vorenthalten werden. So hat Peking beantragte Sanktionen des UN-Sicherheitsrats gegen Simbabwe und Sudan verhindert, sich andererseits aber an sicherheitspolitischen Initiativen von UN-Missionen beteiligt, z.B. in der Demokratischen Republik Kongo. Seit Jahren stellt China „rund 1400 Soldaten – weit mehr als westliche Länder“.⁴⁷
- Der größte Gegensatz zwischen der Afrikapolitik Chinas und der Europäischen Union bezieht sich auf die Normen und Praktiken der Handelspolitik: Während die Europäische Union mit Nachdruck für ihr neues Handelskonzept Economic Partnership Agreements (EPA) wirbt, das die regionale Kooperation unter afrikanischen Ländern fördern will und gleichzeitig eine schrittweise Liberalisierung der Außenhandelsbeziehungen afrikanischer Länder in Übereinstimmung mit WTO-Regeln zu implementieren versucht⁴⁸, stärkt Peking im Verbund mit den anderen G20-Partnern aus der BRIC-Gruppe den Afrikanern den Rücken in ihrem Widerstand gegen die europäische EPA-Politik. Der Hauptvorwurf gegen die EU besteht darin, dass die forcierte Öffnung afrikanischer Volkswirtschaften zu einer Schwächung ihrer *infant industries* und ihrer Landwirtschaftsproduktion führen wird sowie zum Wegfall von Außenhandelszöllen als einer wichtigen Einnahmequelle afrikanischer Regierungen. Diese teilweise berechtigten Vorhaltungen sind auch aus den entwicklungspolitischen Debatten in Europa bekannt.

Die Afrikakarten werden zu Beginn des 21. Jahrhundert neu gemischt

Der aus Indien stammende geopolitische Ratgeber US-amerikanischer Regierungseinrichtungen für außenpolitische Fragen, Parag Khanna, hat in seinem viel beachteten Buch „The Second World“ aufgezeigt, wie die neuen geopolitischen Schwergewichte Brasilien, Russland, Indien, Südkorea, Malaysia etc. aus der G20-Gruppe dabei seien, die drei heute existierenden Supermächte USA, Europäische Union und die Volksrepublik China als wachstumsstarke Handelskonkurrenten herauszufordern. Dies hätte zur Entstehung einer multipo-

laren Weltwirtschaft mit mehreren Wachstumszentren geführt. Der afrikanische Kontinent spiele dabei als umworbenes Gebiet wegen seiner beachtlichen Rohstoffvorräte eine wichtige Rolle – aber nicht als eine aktive globale Kraft, die selbst in irgendeiner Weise die internationalen Spielregeln des Wettkampfes um Macht und Märkte, Farmland und Rohstoffe zu ihren Gunsten mitgestalten könnte⁴⁹.

Dennoch können afrikanische Staaten, wenn sie es schaffen, ein Mindestmaß an politischer Stabilität und wirtschaftspolitischer Berechenbarkeit aufrechtzuerhalten, von den neuen Süd-Süd-Beziehungen und der Vielfalt der Kooperationsofferten durchaus profitieren; denn ihre eigenen politischen Handlungsspielräume für gesamtwirtschaftliche Strategien der Diversifizierung und Produktivitätssteigerung haben sich stark erweitert. Es wäre jedoch naiv anzunehmen, dass zwischen den G20-Ländern und den „restlichen“ Entwicklungsländern – trotz aller Partnerschaftsrhetorik – nicht auch machtbedingte Interessengegensätze bestünden, z.B. in Fragen des Handelsprotektionismus und des Schutzes der Küstengewässer vor illegaler Fischerei.

Zu den relativen Verlierern der neuen geopolitischen Weltkarte gehören Weltbank und Internationaler Währungsfonds : ihre lange Zeit in Afrika begehrte Finanzmacht wie auch gefürchtete Definitionsmacht (sie konnten entscheiden, ob die geplante Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik einer meist kreditbedürftigen afrikanischen Regierung unterstützungswürdig sei oder nicht) haben an Strahlkraft eingebüßt. Der sogenannte „Washington-Konsens“ als entwicklungspolitische Leitlinie mit universell gültigem Anspruch (Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung) gilt nicht mehr unangefochten – angesichts alternativer Offerten aus Asien. Im Jahr 2007 kam es zu einem formalen „Memorandum of Understanding on Cooperation“ (MOU) zwischen Weltbank und China, das sicherstellen soll, dass chinesische Prioritäten und Erfahrungen in Zukunft stärker Eingang in die Vergabepolitik der Weltbank finden. Der Chinese Justin Yifu Lin wurde zum Chief Economist der Bank und zu einem ihrer Vizepräsidenten erhoben⁵⁰.

Alle externen Partner verfolgen ihre strategischen Eigeninteressen in Afrika – das sind umfassende, langfristig konzipierte und die eigene Sicherheit fördernde Interessen. Sie werden heute aber nicht mehr auf die Ausbeutung von Rohstoffen beschränkt, sondern schließen

auch den wirtschaftlichen Aufschwung der Handelspartner und deren politische Systemstabilisierung notwendigerweise mit ein. Man kann hier von komplexer, vertiefter Zusammenarbeit trotz weiterbestehender Asymmetrie in den politischen Machtbeziehungen sprechen.

Diese neue Politik ist eine Konsequenz internationaler Interdependenz: das dauerhafte Interesse der Global Players an einer möglichst reibungslosen Integration Afrikas in die globale Weltordnung ist notwendig, um gemeinsam die großen Themen von *global governance* anpacken zu können: Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes, der Piraterie, der Fischfangbegrenzung und nicht zuletzt der internationalen Strafgerichtsbarkeit und der Terrorabwehr.

Zumindest die alten Großmächte – USA und EU-Staaten – haben darüber hinaus ein gesteigertes Eigeninteresse an den *failing states*, genauer gesagt an der politischen Re-Stabilisierung der gefährdeten post-kolonialen Herrschaftssysteme: Während die USA fürchten, dass kollabierte Staaten (wie bisher schon Somalia) oder institutionell schwache Staaten (wie Demokratische Republik Kongo, Sudan, Uganda, Nigeria, Tunesien, Algerien, Ägypten) Territorien mit großer Anziehungskraft für islamistische Terroristen sein könnten, fürchten die Regierungen der Europäischen Union darüber hinaus die Folgen solcher Staatszusammenbrüche für ihre eigenen Gesellschaften durch ungezügelte Immigration unerwünschter Afrikaner.

Diese Grundstruktur impliziert das für die westliche Afrika- und Nahostpolitik typische Handlungsdilemma: Aus wirtschaftlichen und geopolitischen Eigeninteressen werden politische Regime in merkantilistisch interessanten Ländern durch entwicklungspolitische Hilfsmaßnahmen zu stabilisieren versucht, was in der Regel nur dadurch zu erreichen ist, dass die Geberländer die berechtigten Reformbestrebungen der politischen Opposition und der Zivilgesellschaft offiziell ignorieren müssen. Bei dieser staatserhaltenden Politik der kalkulierten Eigeninteressen werden aber gerade die Ideale und Normen einer liberalen pluralistischen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik mit Füßen getreten, die für das freiheitliche demokratische Selbstverständnis europäischer Staaten identitätsverbürgend ist – ein schwer aufzuhebendes Glaubwürdigkeitsdilemma westlicher Politik⁵¹.

- 1| *Siehe dazu Khanna, Parag: The Second World. How Emerging Powers Are Redefining Global Competition in the Twenty-first Century, New York 2009, und Thomas Fues/Peter Wolff (Eds.), G20 and Global Development. DIE (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) Bonn 2010.*
- 2| *Alexandroff, Alan S. / Cooper, Andrew F. (Eds.): Rising States, Rising Institutions. Challenges for Global Governance, Waterloo and Washington 2010, S. 5f.; Zakaria, Fareed: The Post-American World, New York and London 2009.*
- 3| *Chin, Gregory: China's Rising Institutional Influence, in: Alexandroff/Cooper, 2010, S. 83-105, hier S. 100. Für Indiens Rolle siehe Narlikar, Amrita: Reforming Institutions, Unreformed India? Im selben Band, S. 105-127.*
- 4| *Dieses breite Thema kann hier freilich nicht erschöpfend behandelt werden; es sei aber auf einen höchst informativen Reader verwiesen, in dem zwölf SozialwissenschaftlerInnen diesem Anspruch sehr nahe kommen: Stehnken, Franziska / Daniel, Antje/ Asche, Helmut/Öhlschläger, Rainer (Hrsg.): Afrika und externe Akteure – Partner auf Augenhöhe? Erschienen in der Reihe: 'Weltregionen im Wandel' im Nomos-Verlag, Band 8, Baden-Baden 2010.*
- 5| *Mills: Why Africa is poor and What Africa can do about it? Pretoria 2010; Rainer Tetzlaff: Afrika in der Globalisierungsfalle, Wiesbaden 2008; Paul Nugent: Afriva Since Independence, New York 2004.*
- 6| *Khadiagala, Gilbert M: Africa in the G20?, in: Thomas Fues/Peter Wolff (Eds.), G20 and Global Development. DIE (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) Bonn 2010, S. 75.*
- 7| *Flemes, Daniel: Conceptualising Regional Power in International Relations: lessons from the South African Case. GIGA Working Papers, No 53, Hamburg 2007, S. 11.*
- 8| *Siehe dazu jetzt die mit reichem Datenmaterial versehene Regionalstudie von Wolff-Christian Peter: The Quest for an African Economy Community. Regional Integration and its Role in Achieving African Unity – The Case of SADC, Frankfurt am Main etc. 2010.*
- 9| *Natalie M. Hess hat in einer glänzenden Analyse die Bedeutung Südafrikas als „strategischer Partner“ aufgezeigt: N. Hess: Südafrika – begehrter Partner externer Akteure am Beispiel der USA, China und der EU, in: Stehnken et al, 2010, S. 177-200.*
- 10| *Hess, Nathalie S. 194. Südafrika konnte vermeiden, zur Marionette weder der USA, noch der EU oder Chinas zu werden, trotz intensiver Kontakte mit ihnen auf wirtschaftlicher wie politischer Ebene.*
- 11| *Bergstresser, Heinrich / Tull, Denis M.: Nigeria als regionale Ordnungsmacht in Westafrika. SWP-Studie, Berlin 2008, S. 18-19.*
- 12| *Nach Africa Confidential vom 8.6. 2007: „The New Man in Abuja“. Der Shell-Konzern hat inzwischen einen Teil seiner Ölproduktion im Nigerdelta eingestellt und verkauft.*
- 13| *Bergstresser/Tull 2008, S. 16.*
- 14| *Gänzle, Stefan: Die Politik der USA gegenüber Afrika nach dem Ende des Ost-West-Konflikts – eine randständige Region auf dem Weg zur Partnerschaft mit den USA?, in: Stehnken/Daniel/Asche/Öhlschläger (Hrsg.): Afrika und externe Akteure, 2010, S. 91-107, hier S. 94. Für 2009 hatte das AFRICOM rund 390 Mrd. US-Dollar für operative Aufgaben zur Verfügung.*
- 15| *Siehe die dichte Dokumentation in Gänzle: Die Politik der USA gegenüber Afrika, 2010, S. 96, 101-104.*

- 16] Maihold, Günther / Petretto, Kerstin: *Gefahrenabwehr auf See. Piraterie an der Küste Somalias – nationale und internationale Antworten*. SWP-Aktuell 56, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2008; Eigel Wiese: *Piraterie. Neue Dimensionen eines alten Phänomens*, Hamburg 2010.
- 17] *Malabo ist die Hauptstadt von Äquatorialguinea*. Zur Thematik der ölexportierenden Staaten allgemein siehe die vergleichende Analyse von Matthias Basedau und Thomas Richter: *Why Do Some Oil Exporters Experience Civil War But Others Do Not? A Qualitative Comparative Analysis of Net Oil-Exporting Countries*. GIGA Working Paper No 157, Hamburg 2011.
- 18] Collier, Paul: *The Bottom Billion. Why the Poorest Countries are Failing and What can be Done About it*, Oxford and New York 2007, p.
- 19] Bleischwitz, Raimund / Pfeil, Florian: *Globale Rohstoffpolitik. Herausforderungen für Sicherheit, Entwicklung und Umwelt. Eine Welt. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden*, Baden-Baden 2009, S. 21.
- 20] Asche, Helmut: *Chinas Funktionen in Afrika*, in: Stehnken/Daniel/Asche/Öhlschläger (Hrsg.), *Afrika und externe Akteure*, 2010, S. 111-138.
- 21] *Eine umfassende kritische Auseinandersetzung mit diesem „universell“ werdenden Leitbild erfolgt in Franz Nuscheler: Good Governance. Ein universelles Leitbild von Staatlichkeit und Entwicklung? INEF-Report 96/2009. Institut für Entwicklung und Frieden. Essen-Duisburg 2009.*
- 22] Zit. Nach Bleischwitz/Pfeil 2009, S. 21 Siehe die Regionalbeiträge in Robert I. Rotberg (Ed.): *When States Fail. Causes and Consequences*, Princeton and Oxford 2004.
- 23] *Zum Kongo/Zaire liegt ein informativer Reader mit 51 Einzelbeiträgen vor, von Manfred Schulz (Hrsg.): Entwicklungsträger in der Demokratischen Republik Kongo. Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Religion, Zivilgesellschaft und Kultur*, Berlin 2008. Die internationalen Beziehungen der Demokratischen Republik Kongo erfasst der Reader ‚Demokratische Republik Kongo. Wegweiser zur Geschichte‘, Paderborn etc. 2008, 3. Auflage, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) in Potsdam.
- 24] Go, Delfin S. / Page, John (Eds.): *Africa at a Turning Point? Growth, Aid, and External Shocks*. The World Bank: Africa Development Essays, Washington 2008, S. 1-86
- 25] Go/Page 2008, S. 17.
- 26] Go/Page 2008, S. 19. Dass die These vom Ressourcenfluch nicht als ein Determinismus missverstanden werden darf, zeigt der Reader von Matthias Basedau und Andreas Mehler (Eds.): *Resource Politics in Sub-Saharan Africa*. Institut für Afrika-Kunde 2005.
- 27] Nuscheler, Franz: *Weltprobleme*, in: Reinhard Stockmann/Ulrich Menzel/Franz Nuscheler, *Wntwicklungspolitik. Theorien – Probleme – Strategien*, München 2010, S. 225.
- 28] Osundare, Niyi: *„Statt Jubel Sack und Asche. Ein nüchterner Blick auf 50 Jahre nigerianische Unabhängigkeit“*, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 7. Oktober 2010, Nr. 233, S. 17.
- 29] Schubert, Gunter / Tetzlaff, Rainer (Hrsg.): *Blockierte Demokratien in der Dritten Welt*, Opladen 1998.
- 30] *Politischer Wettbewerb um die Staatsmacht in Gesellschaften ohne eine rechtsstaatliche Tradition der demokratischen Toleranz hat des Öfteren (Nigeria, Äthiopien, Kenia, Simbabwe, Elfenbeinküste) zu politischer Gewalt geführt, siehe Paul Collier: Wars, Gun and Votes. Democracy in Dangerous Places*, London 2010.
- 31] *Helmut Asche spricht hier von „wirtschaftspolitischer Komplementarität“ und „deep integration“ in Abgrenzung zu reiner Handelsintegration, siehe: Asche: Chinas Funktionen in Afrika, 2010, S. 116-117.*

- 32] Calderesi, Robert: *The Trouble with Africa. Why Foreign Aid isn't Working*, New York 2006; William Easterly: *Wir retten die Welt zu Tode. Für ein professionelleres Management im Kampf gegen die Armut*, Frankfurt a. M./ New York 2006; Dambisa Moyo, *Dead Aid*, ...
- 33] Zakaria, Fareed: *The Post-American World*, 2009, S. 39.
- 34] Siehe die Afrika-Beiträge in den beiden Readern: Hanf, Theodor / Weiler, Hans N. / Dickow, Helga (Hrsg.): *Entwicklung als Beruf. Festschrift für Peter Molt*, Baden-Baden 2009; Engel, Ulf / Jakobeit, Cord / Mehler, Andreas / Schubert, Gunter (Hrsg.): *Navigieren in der Weltgesellschaft*, Münster 2005. Zur Rolle der politischen Parteien siehe Basedau, Matthias / Erdmann, Gero / Mehler, Andreas (Hrsg.): *Votes, Money and Violence. Political Parties and Elections in Sub-Saharan Africa*, Uppsala 2007.
- 35] Gatti, Fabrizio: *Bilal: Als Illegaler auf dem Weg nach Europa*, München 2010.
- 36] Nuscheler, Franz: *Weltprobleme*, in: Stockmann/Nuscheler/Menzel 2010, S. 287-300.
- 37] Siehe dazu das Schwerpunktheft „Entwicklung in Afrika“ der Bundeszentrale für politische Bildung, publiziert als APuZ (Aus Politik und Zeitgeschichte, 34-35/2009 vom 17. August 2009, vor allem den Beitrag von Ulf Engel, *Die Neuordnung Afrikas – Souveränität im Wandel*, S. 7-12.
- 38] Hess, Natalie M.: *Südafrika – begehrter Partner externer Akteure am Beispiel der USA, Chinas und der Europäischen Union*, in: Stehnken/ Daniel/Asche/Ölschläger (Hrsg.), 2010, S. 177-200.
- 39] Vgl. Chin, Gregory: *China's Rising Institutional Influence*, in: Alexandroff/ Cooper (Eds.), *Rising States- Rising Institutions*, 2010, 83-104.
- 40] Chris Alden beschreibt in Kapitel „Africa turns east“ den Grund für die Attraktivität des chinesischen Modells: Peking würde sich nicht in die „inneren Angelegenheiten anderer Staaten“ einmischen (nach geltendem Völkerrecht gehören z.B. Genozid und ethnische Vertreibungen nicht zu den inneren Angelegenheiten!) und außerdem würden Abkommen mit China als Abwehrmittel gegen die lästigen Konditionalitäten der EU-Länder beim Erhalt von Entwicklungskrediten angesehen; Alden: *China in Africa*, 2007, S. 59f.
- 41] Stehnken, Franziska et al. in: Stehnken/Daniel/Asche/Ölschläger (Hrsg.) *Afrika und externe Akteure*, 2010, S. 10. Zu Indien-Afrika im selben Band siehe Arndt, Michael: *Die indische Afrikapolitik – die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Wiederentdeckung des afrikanischen Kontinents im 21. Jahrhundert*, S. 139 und 157. Zur Afrikapolitik Brasiliens siehe Dana de la Fontaine und Jurek Seifert, *Was steckt hinter der Süd-Süd-Kooperation?*, ebd. S. 157-174.
- 42] Alden, Chris: *China in Africa*, London and New York 2007. Afrikanische Intellektuelle beurteilen die Präsenz Chinas in Afrika keineswegs einheitlich, aber doch überwiegend positiv und erwartungsvoll. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass Demokratie im westlichen Sinne nicht als Voraussetzung für Entwicklung und Entwicklungshilfe gefordert wird, siehe: Firoze Manji and Stephen Marks (Eds.), *African Perspectives on China in Africa*. Pambazuka. Cape Town, Nairobi and Oxford 2007.
- 43] Asche, Helmut: *Chinas Funktionen in Afrika*, 2010, S. 117. Chinas Vordringen wurde durch 41 Handels- und 29 Investitionsabkommen bis 2008 begünstigt – Tendenz steigend, ebd. S. 116.
- 44] Chin: *China's Rising Influence*, 2010, S. 94.
- 45] Die Zahl der chinesischen Immigranten nach Afrika wird auf eine Million geschätzt, siehe Asche, Helmut / Schüller, Margot: *Chinas Engagement in Afrika – Chancen und Risiken für Entwicklung*, Eschborn 2008.

- 46| Asche: *Chinas Funktionen*, 2010, S. 121; Chin: *China's Rising Institutional Influence*, 2010, S. 94-95.
- 47| Asche: *Chinas Funktionen in Afrika*, 2010, S. 115. Generell stellt die permanente militärische Aufrüstung Chinas – einschließlich des raschen Aufbaus einer U-Boot-Flotte – für afrikanische Küstenstaaten wohl keine Bedrohung dar. Allerdings können sie zur Absicherung der geplanten Rohstoffförderung aus den Küsten vorgelagerten Festlandsockel eingesetzt werden, nach: Jürg Kürsener, Chefredakteur der ‚Military Power Revue‘, in: „U-Boote – Relikte des Kalten Krieges? Neue technische Entwicklungen, Einsatzformen und Akteure in einer Welt unter Waffen“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 21, vom 26.01.2011, S. 5
- 48| Hofmann, Birgit: Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der Europäischen Union – ein Beitrag zur Entwicklung Afrikas durch Handel?, in: Stehnken/Daniel/Asche/Öhlschläger: *Afrika und externe Akteure*, 2010, S. 55-74.
- 49| Khanna, Parag: *The Second World. How Emerging Powers Are Redefining Global Competition in the Twenty-first Century*, New York 2009.
- 50| Chin: *China's Rising Institutional Influence*, 2010, S. 96.
- 51| Die Jahrzehnte lange Unterstützung des tunesischen Diktators Ben Ali und dessen Familienclan durch Frankreich bis zu dessen bitteren Ende im Januar 2011, um ihm dann im Moment seines Scheiterns aus ethischen wie kommerziellen Gründen die Einreise ins französische Asyl zu verweigern, dürfte die Glaubwürdigkeit westlicher Politik nicht gerade verbessern.